

Antrittsvorlesungen der Professoren des Ökonomischen Seminars

Roland Hodler, Simon Lüchinger und Christoph A. Schaltegger gaben in einer gemeinsamen Antrittsvorlesung Einblick in ihre aktuellen Forschungsprojekte.

■ ANNA BRÜDERLE

Zum gut besuchten Anlass ihrer Antrittsvorlesungen gaben die drei neu berufenen Professoren des Ökonomischen Seminars, Roland Hodler, Simon Lüchinger und Christoph A. Schaltegger, einen interessanten Einblick in das breite Themenspektrum, das sie gemeinsam abdecken: von Entwicklungsökonomie, internationalem Handel, über Umweltökonomie, Politische Ökonomie und Institutionenökonomik, bis hin zu Finanz- und Steuerpolitik.

«It's the economy, stupid» – mit diesem Slogan aus dem US-Wahlkampf 1992 hob Aram Mattioli, Prodekan der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, in seinen einleitenden Worten die Bedeutung hervor, die das Ökonomische Seminar für das wissenschaftliche Profil der Universität Luzern hat. Die wirtschaftswissenschaftliche Kompetenz sei ein zentraler Baustein für das Angebot eines attraktiven und relevanten Fächerensembles und daher für eine erfolgreiche Zukunft der Universität. Der von den drei Ökonomieprofessoren aus der Taufe gehobene Studiengang «Politische Ökonomie» stehe zudem ganz im Zeichen des Markenkerns der Universität Luzern: der Betonung der interdisziplinären Zusammenarbeit. Der Studiengang schlägt Brücken zwischen Wirtschaftswissenschaft, Politikwissenschaft, Ethnologie, Soziologie und Rechtswissenschaft. Die bis anhin 70 Studie-

renden in diesem Studiengang lernen, wirtschaftliche Probleme in ihrem soziokulturellen Zusammenhang zu analysieren.

«Entwicklungsökonomie aus dem Weltall»

Roland Hodler stellte in seinem Vortrag mit dem Titel «Entwicklungsökonomie aus dem Weltall» ein vielversprechendes neues Instrument zur Messung von Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern vor: Informationen zur nächtlichen Lichtintensität auf der Erdoberfläche, erfasst von US-Air-Force-Wettersatelliten. Hodler betonte zwei entscheidende Vorteile der Lichtdaten gegenüber herkömmlichen Messgrössen für Wirtschaftswachstum wie dem Bruttoinlandsprodukt. Erstens sind die Lichtdaten für kleine geografische Einheiten verfügbar (Flächen von einem Quadratkilometer); zweitens erfassen sie auch wirtschaftliche Aktivitäten des informellen Sektors und weisen im Vergleich zu vielen GDP-Daten aus statistischen Ämtern in Entwicklungsländern eine deutlich bessere Qualität auf, da sie einheitlich von physischen Messgeräten erfasst werden. Mit diesem Instrument sind Roland Hodler und sein Co-Autor der Frage nachgegangen, ob bei der Allokation von Entwicklungshilfegeldern systematisch einzelne Personen, Gruppen oder Regionen bevorzugt werden, die dem amtierenden Präsidenten ihres Landes nahestehen.

Anekdotische Evidenz aus dem früheren Zaire (heute: Demokratische Republik Kongo) unter der Herrschaft von Mobutu illustriert die Relevanz der Fragestellung: In seinem Heimatdorf investierte der langjährige Despot Hunderte Millionen von Dollar aus der mit Entwicklungshilfegeldern grosszügig bezuschussten Staatskasse in private und öffentliche Einrichtungen; die Entwicklung von Mobutus Heimatort stand im krassen Missverhältnis zur Unterentwicklung in den restlichen Regionen des Landes. Roland Hodler und sein Co-Autor testeten nun für 91 Entwicklungsländer, ob Entwicklungshilfe in der Herkunftsregion des Staatsoberhauptes zu einem stärkeren Anstieg der nächtlichen Lichtintensität führt als in den anderen Regionen des Landes. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass dies der Fall ist in Ländern mit schlechten politischen Institutionen. In Ländern, in denen gute politische Institutionen die Fehlallokation in Schran-



Roland Hodler

Foto: Universität Luzern

ken halten können, profitierten die Heimatregionen der Präsidenten weniger. Roland Hodler wies abschliessend auf weitere wichtige Fragen der Entwicklungsökonomie hin, für deren Untersuchung die Lichtdaten künftig interessante Möglichkeiten bieten.

«Durchlässigkeit zwischen Politik und Wirtschaft – eine Quelle für Interessenkonflikte?»

Ebenfalls um Korruptionspotenzial im weiteren Sinne, diesmal im Kontext von politischen Verbindungen in die Privatwirtschaft, ging es in Simon Lüchingers Vortrag zu «Durchlässigkeit zwischen Politik und Wirtschaft – eine Quelle für Interessenkonflikte?». Lüchinger zeigte zunächst auf, dass die Ernennung von Personen aus der Privatwirtschaft in politische Ämter aus Wohlfahrtsperspektive durchaus Vorteile bieten könne. Zum Beispiel seien aus der Privatwirtschaft ernannte Amtsträger oft einfacher politisch kontrollierbar als Karrierebürokraten, oder politische Entscheidungen können vom Einfließen von branchenspezifischem Spezialwissen profitieren. Andererseits liege aber die Gefahr von Interessenkonflikten auf der Hand, da die Ernannten oft weiterhin eng in ihre privatwirtschaftlichen Netzwerke eingebunden blieben. Wie gross für private Unternehmen der Wert von Verbindungen in die Politik (sowohl Übertritte von Privatwirtschaft in die Politik als auch umgekehrt) sein kann, untersuchten Simon



Simon Lüchinger

Foto: Universität Luzern

Lüchinger und sein Co-Autor empirisch am Beispiel von Verbindungen zwischen privaten Unternehmen und dem US-Verteidigungsministerium. Konkret analysierten sie Finanzmarktreaktionen auf politische Ernennungen von Firmenangehörigen und Berufungen ehemaliger Politiker und Beamter in privatwirtschaftliche Positionen; da Finanzmarktreaktionen die Einschätzung der Investoren zu erwarteten zukünftigen Gewinnen reflektieren und damit eine Synthese aller relevanten Informationen enthalten, bieten sie einen besonders guten Indikator dafür, ob eine Personalentscheidung tatsächlich vorteilhaft für den Unternehmenserfolg sein könnte.

Simon Lüchinger und sein Co-Autor fanden in ihrer Untersuchung heraus, dass bestimmte kritische Personalentscheidungen in der Tat abnormale Renditen zur Folge hatten, was als Hinweis auf firmenspezifische Vorteile durch politische Verbindungen zu deuten ist. Die Vermutung liege nahe, so Lüchinger abschliessend, dass Verbindungen ins US-Verteidigungsministerium zu unerwünschten Bevorteilungen einzelner Unternehmen führen und dass die institutionellen Vorkehrungen dagegen unzureichend seien.

«Zum Einfluss der Steuerpolitik auf die Einkommenskonzentration in der Schweiz»

In seinem Vortrag «Zum Einfluss der Steuerpolitik auf die Einkommenskonzentration in der Schweiz» widmete sich Christoph A. Schaltegger der viel debattierten Frage, wie sich im Laufe der vergangenen 100 Jahre die Einkommensverteilung – vor



Foto: Universität Luzern

Christoph A. Schaltegger

allem die Konzentration von Top-Einkommen – in der Schweiz insgesamt und in einzelnen Kantonen entwickelt hat. Um dies zunächst in einen internationalen Kontext zu stellen, gab er einen kurzen Überblick über die Evidenz zur Entwicklung der Einkommenskonzentration im Verlauf des 20. Jahrhunderts in den grössten Industrieländern. Einerseits zeigt sich für alle untersuchten Länder vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein deutlicher Trend hin zu egalitärer Einkommensverteilung. Augenfällig ist andererseits seit den 1980er-Jahren eine Spaltung zwischen der angelsächsischen Welt und den übrigen Industrieländern, wobei bei ersterer Gruppe eine Trendwende in Richtung einer zunehmenden Konzentration von

Top-Einkommen zu beobachten ist. Christoph A. Schaltegger und sein Co-Autor konnten in ihrer empirischen Untersuchung zeigen, dass sich die Schweiz insgesamt in die zweite Gruppe von Ländern einreicht. Als Datengrundlage dienten ihnen die verfügbaren Einkommenssteuerstatistiken seit 1917, die ein akkurates Bild der Top-Einkommen abgeben, allerdings zunächst aufwendig zu einer konsistenten Zeitreihe transformiert werden mussten, da sich im Laufe der Jahrzehnte mehrfach die Berechnungsgrundlagen verändert hatten. Die Steuerdaten zeigen, dass die Schweiz im genannten Zeitraum insgesamt eine relativ stabile Entwicklung der obersten Einkommen aufweisen kann (die Studie deckte verschiedene Einkommensperzentile ab und untersuchte die Konzentration der 10%- bis hin zu den 0,01%-Top-Verdienenden).

Der Einfluss der kantonalen Steuerpolitik, geformt vom Steuerwettbewerb, sticht bei der Analyse auf Kantonsebene jedoch klar ins Auge: Die Kantone Zug, Nidwalden und Schwyz heben sich mit einer zunehmenden Konzentration von Top-Einkommen deutlich vom gesamtschweizerischen Trend ab. Vor allem auf die obersten 1% bis 0,01% der Einkommensbezieher hat die Durchschnittssteuerbelastung der Kantone und Gemeinden einen signifikanten Einfluss, wie Schaltegger und sein Co-Autor nachweisen konnten.

Anna Brüderle ist wissenschaftliche Assistentin am Ökonomischen Seminar.

Abkommen mit der University of Calgary in Kanada



■ CHANTAL VÖGELI

Das International Relations Office (IRO) hat im Namen der Universität Luzern ein neues gesamtuniversitäres Austauschabkommen mit der University of Calgary in Kanada abgeschlossen. Die University of Calgary ist eine Volluniversität, welche Beziehungen mit den besten Universitäten weltweit unterhält. Zudem ist sie Mitglied der renommierten «Group of Thirteen», der die dreizehn forschungsintensivsten kanadischen Universitäten angehören. Das neue Kooperationsabkommen steht Studierenden und Dozierenden aller Fakultäten offen.

Chantal Vögeli ist Leiterin des International Relations Office.